



stimmungen des § 1 der Uebergangsbedingungen auf sie Anwendung finden, haben bei späterem Eintritt 1 Mk. Eintrittsgeld für die Gewerkschaftskasse zu zahlen.

2. Soll dem § 14 des Statuts als Absatz 1 a folgende Bestimmung eingefügt werden?

Frühere Mitglieder des Senefelder-Bundes zahlen nach dem 1. Juli 1905, ohne dass die im § 1 der Uebergangsbestimmungen vorgesehenen Ausnahmen bei ihnen zutreffen, einen wöchentlichen Beitrag von 1,50 Mk. Hiervon werden 50 Pf. der Unterstützungskasse und 1 Mk. der Invalidenkasse überwiesen.

3. Sollen die durch die jetzige Urabstimmung festgesetzten neuen Bestimmungen der §§ 13 und 14 rückwirkende, vom 1. Juli 1905 ab geltende Kraft erhalten?

Eine bejahende Antwort dieser drei Fragen wäre wohl die zweckentsprechendste Erwiderung auf das Vorgehen der Rechtsschutzvereinigung. Die Beiträge für diese Herren wären dann zwar wesentlich höher als die jetzigen, sie bleiben aber noch immer unter dem von dem Gutachter für notwendig gehaltenen Satz, sodass uns der Vorwurf, unbillige Forderungen gestellt zu haben, nicht gemacht werden kann.

Wir glauben zwar nicht daran, dass die Urabstimmung notwendig sein wird, denn die Verschmelzungsgegner werden nicht obsiegen. Auf alle Fälle ist es aber kein Fehler, eventuell notwendig werdende Statutänderungen rechtzeitig zur Diskussion gestellt zu haben.

H. Müller, Bremen.

## Bekanntmachungen.

### Zur Beachtung!

Bei jedem Stellungswechsel sind vorher bei der zuständigen Ortsverwaltung Erkundigungen einzuziehen. Die Ortsverwaltung antwortet mit vorgedruckten Karten und hat die Antwort sofort zu geschicken; etwaige Klagen nach dieser Richtung bitten wir uns sofort mitzuteilen. Ohne Vorlegung einer solchen Antwortkarte wird keine Unterstützung gezahlt. — Adressen-Verzeichnisse vom 10. Februar sind von den Verwaltungen zu beziehen. Der Vorstand.

### Zur Beachtung

für die Kollegen diene folgender Hinweis:

Bei allen Kämpfen behufs Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen versuchten es die Unternehmer, bisher allerdings mit mehr Geschick wie Glück, die Kollegen gegeneinander auszuspielen.

Sie liessen im Betriebe selbst die Kollegen zusammenrufen und beabsichtigten, unter dem Deckmantel des Wohlwollens, eine Debatte über die unsinnigen Forderungen der Führer der Bewegung hervorzurufen, um die einzelnen wankelmütig zu machen und dadurch eine Spaltung in die Bewegung zu bringen; ebenso gaben sie an die einzelnen gerichtete Flugblätter heraus. Ein jeder Kollege gebe acht!

Alle solchen Vorkommnisse müssen sofort an die leitende Stelle der betreffenden Zahlstelle übermittelt werden, damit geeignete Massnahmen jederzeit getroffen werden können.

### Zur Lohnbewegung.

Bremen. Lithographen u. Steindruckertarifbewegung eingetreten. Zuzug fernhalten.

Cassel. Achtung! Vor Stellungannahme nach hier sind stets Erkundigungen beim Bevollmächtigten Fritz Daube, Str., Frankfurterstrasse 24, einzuziehen. Ohne Vorlegung einer solchen Antwortkarte wird keine Unterstützung gezahlt.

Achtung Dresden. In Firma Saupe & Busch, Radebeul reichten heute sämtliche Lithographen und Steindrucker, infolge ungünstiger Arbeitsverhältnisse, die Kündigung ein. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Hamburg. In Firma Moritz Dreissig stehen die Kollegen im Streik.

Leipzig. Bei der Firma C. G. Röder scheint man absichtlich immer neue Anlässe

hervorzusuchen, um Differenzen heraufzubeschwören. Während bei der letzten Bewegung der scharfmachende Lichtdruckfaktor Wolff Veranlassung nahm, die kontraktwütigen Lichtdrucker Weickert, Menzel und Lesser als Kronzeugen aufzurufen, wie man ungestraft gegen die Statuten des Verbandes verstossen kann, hat derselbe Herr Wolff inzwischen neue Drucker engagiert, um evtl. die damals Aufsässigen nach und nach beseitigen zu können. So ist jetzt eine Massregelung erfolgt, die die Veranlassung sein wird, dass der Tanz in Leipzig, der ja doch nicht zu umgehen ist, etwas schneller beginnt. Die Leipziger Prinzipale wollen den Kampf und rechnen dabei auf die Uneinigkeit der Kollegen. Die Wirkung solcher Massregelung ist aber eine entgegengesetzte. Die Prinzipale irren sich, wenn sie glauben, durch solche Massnahmen die Kollegen einzuschüchtern; sie rufen vielmehr die Gesamtkollegenschaft, die ohnehin mit der zweimaligen Zurückziehung der Kündigungen langmütig genug gewesen ist, auf den Plan und für diesmal wirds blutiger Ernst, denn der immerwährende Vorwand, dass die süddeutschen Prinzipale allen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abhold sind, ist nach den Münchener und Stuttgarter Vorgängen nicht mehr stichhaltig. Es ist eben ein leerer Vorwand gewesen. Wegen drohender Differenzen ist die Firma C. G. Röder für alle Kollegen gesperrt.

Meinungen. Die Differenzen in der Firma Jung-hans & Koritzer sind beigelegt.

Niederbieber b. Neuwied a. Rh. Wegen Einreichung des Tarifs in der Blechwarenfabrik Aubach, Hermann Buchholz, ist Zuzug nach hier streng fernzuhalten. Bericht folgt.

Rheydt. Vor Stellungannahme nach hier sind stets Erkundigungen einzuziehen beim Vertrauensmann Heinrich Vögeler, Jöbgesbergerweg 6.

Solingen. In Firma W. Stöpfgehoff drohen Differenzen auszubrechen. Zuzug fernhalten.

Stuttgart. (Beendigung der Bewegung.) Nach einer unter Assistenz des Gewerbeinspektors Mitte voriger Woche resultatlos verlaufenen Verhandlung und nachdem die Streikparole schon festgelegt war, da am Pfingstsonnabend die Kündigungen abließen; ist es in letzter Stunde am Pfingstamstag Abend zur nochmaligen Verhandlung gekommen, die folgendes Resultat ergab:

Arbeitszeit: Lithographen 8 1/2 Stunden pro Tag, wöchentlich 50 1/2 Stunden. Steindrucker 9 Stunden pro Tag, wöchentlich 53 1/2 Stunden. Mindestlohn: Nach 4 jähriger Lehrzeit 19 Mk., im 2. Jahre oder beim andern Prinzipal 21 Mk. Lehrlingskala: 1 — 3 Gehilfen 1 Lehrling, 4 — 7 „ 2 „ 4 — 12 „ 3 „

Giltig auf 3 Jahre. Näherer Bericht folgt.

### Achtung Chemigraphen!

In den Firmen Thedrau & Kraushaar und Himmel, Berlin, drohen wegen Nichtanerkennung des Tarifs Differenzen auszubrechen. Die beiden Firmen sind zu meiden.

### Die Verwaltung Berlin II.

### Gesperrt die Firmen:

Berlin, Graphische Gesellschaft.  
Düsseldorf: Firma Zimmermann, früher Zimmermann & Co.

### Leipzig.

Für Lithographen und Steindrucker.  
Grodno (Russland): Fa. S. Lapin & Söhne.

Ausgeschlossen laut § 19b ist der Steindrucker Ernst Moritz, Buch-No. 4845, z. Z. bei C. G. Röder in Leipzig beschäftigt, wohnhaft Leipzig-Lössnig, Coloredastr.

## Glossen zum Gewerkschaftskongress.

### Eine eigene Meinung.

Die brutale Unterdrückung jeder freihetlichen Regung, die durch das Sozialistengesetz fluchwürdigen Angedenkens erfolgte, sollte dazu dienen, die gewerkschaftliche und politische Bewegung zu ersticken. Nach 12jähriger Periode erstickte das Schmachgesetz in seiner eigenen Schande. Als 1890 das Deutsche Proletariat mit ca. 1 1/4 Millionen Stimmen sich für

die Sozialdemokratie erklärte, da hatte die Bismarck-Puttkamer'sche Aera ihr Ende erreicht, und das Schandgesetz, welches auf Antrag des »Säkularmenschen« Bismarck eine ewige Dauer erhalten sollte, brach zusammen.

Von dem Zeitpunkt datiert der eminente Aufschwung, den die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland genommen hat. War jedoch vor dem Sozialistengesetz Partei und Gewerkschaft ein gewesen, so hat sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes seit 15 Jahren das alles völlig geändert; das Kind der Sozialdemokratie, die Gewerkschaftsbewegung, ist zum Manne gereift, ein gleichwertiger Bundesgenosse der Partei, welcher mit seinen 1 1/4 Millionen gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern sich dem Unternehmertum als respektvolle gewaltige Macht präsentiert. Hatte jedoch schon der Parteitag zu Köln 1903 zwischen Partei und Gewerkschaft starke Meinungsverschiedenheiten aufzuweisen, welche sich fortwährend steigerten, so ist es auf dem jetzigen Gewerkschaftskongress nur der taktischen Klugheit, der Referenten und der sonstigen Antragsteller zu verdanken, dass es beim Punkte Maifeier nicht zum offenen Bruch zwischen Partei und Gewerkschaft kam. Es liegt meines Erachtens an der völligen Ueberschätzung der gewerkschaftlichen Macht und Grenze, der unsere meisten Gewerkschaftsführer nachhängen. Durch den tatsächlich staunenswerten Aufschwung, den die Gewerkschaftsbewegung seit der letzten Krisis genommen, scheinen die Gewerkschaftsführer blindlings mit der Gewerkschaftsbewegung alles erreichen zu können. Man emanzipiert sich von der Partei, die man immer mehr als nur dekoratives Schaustück betrachtet, während alles Heil allein in der praktischen Tätigkeit, die Massen in den Gewerkschaften zu organisieren, gesehen wird. Ich könnte es sonst kaum verstehen, wie man im Oktober vorigen Jahres, im Berliner Gewerkschaftshaus, wo die Vorsitzenden der Zentralvorstände zu einer Konferenz zusammenkamen, ausdrücklich einen Referenten für die Maifeier bestimmten, der als Gegner der allgemeinen Arbeitsruhe bekannt ist — Robert Schmidt. Der Standpunkt des Referenten ist somit der Standpunkt wohl der meisten unserer Gewerkschaftsführer über unsere Maifeier, was ich für höchst bedauerlich halte.

»Auf den Abend soll die Weltfeier verlegt werden, um sie einheitlicher und wirkungsvoller zu gestalten.« Aber da ist es doch nötig, einmal offen und ehrlich zu sagen, dass all' diesen Sprechern vollständig das proletarische Empfinden abhanden gekommen ist, die glühenden Verse Robert Seidels, der da singt:

»Wir schaffen nicht! Der erste Mai

Sei unser, unser Feiertag;

Als höchstens nehmen wir ihn frei

Und führen diesen ersten Schlag.

Den gleichen Schlag in aller Welt,

Wo unterm Joch die Arbeit keucht,

Den gleichen Schlag, so weit das Geld,

Das feile Geld den Geist verscheucht.«

verklingen unbeachtet; zum Teufel mit dem Idealismus, es könnte Geld kosten, und dann diese liebevolle Besorgnis, dass die Arbeiter den Lohnausfall nicht ertragen könnten, denselben Arbeitern werden alljährlich Dutzende von unbezahlten Ruhetagen aufgezungen, da wird auch bei diesem Tage, wo sich die Arbeiterschaft der ganzen Welt die Hand reicht und die Arbeit ruhen lässt und somit den Generalstreik in vollendeter Potenz erstehen lässt, nicht gleich der Bankrott vor der Türe stehen.

Aber den Geist versteht man, wenn man die Erklärung eines Delegierten liest, der den lendenlahmen Gaul der Maifeier nicht vor seinen Agitationskarren spannen will, eine perfide Absage an das Weltfest der Arbeit ist wohl schwerlich gemacht worden und in gleicher oberflächlicher Weise wird die Frage des jetzt aktuell gewordenen Generalstreiks abgetan. Bömelburg, Vorsitzender des Maurerverbandes, war als Referent bestimmt. Aus seinem Referat kann man lernen, wie man die einzige Macht, die das Proletariat besitzt, (wenn wiederum die politische Knechtung und Entrechtung der Arbeiterschaft wie anno 1878 bis 1879 erfolgen sollte) lächerlich zu machen ist. In dem letzten Satze seiner dem Kongress vorgelegten Resolution warnt er vor dem Generalstreik, wie er von den Anarchisten und den Leuten ohne jede Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird. Dieser Satz ist, nebenbei gesagt, einstimmig vom Kongress angenommen worden. Und doch ist die Spitze, wohin sie zielen soll, sehr leicht zu erkennen; persönlich griff er ja Eduard Bernstein an, in weiterer sind Karl Kautsky, der in der neuen Zeit einen Artikel über den politischen Massenstreik veröffentlichte, wie Clara Zetkin, die in Berlin einen Vortrag gleichen Sinnes gehalten hat, gemeint.

Warum muss nun solch eine Frage, wie die des Generalstreikes, — ob ökonomisch oder politisch — mit einer solch eleganten Handbewegung abgetan werden. Was ist es weiter wie blasse Angst, dass man die Führung der Massen verlieren könnte.

Drängt sich diese Frage nicht immer mehr und mehr auf, nach den furchtbaren Niederlagen der Arbeiterschaft in den letzten Jahren, die wir in Deutschland gehabt haben. Ist Crimmitschau so ganz vergessen: der heldenmütige 5 monatliche Kampf der 7000 sächsischen Weber: oder ist vielleicht das vergebliche Ringen der hunderttausende von Bergarbeitern im Ruhrgebiet ein Erfolg gewesen? — Welche Mittel haben unsere so tapieren Sprecher

in der Hand zur Ausweitung derartiger Schlappen; ich behaupte gar keine. Gegen die Konzentration des Kapitals kommt auch bei einem partiell geführten Streik selbst das grösste Vereinsvermögen nicht auf; ein Rückblick auf die grossen Bewegungen der letzten Jahre beweist das und gerade unsere Theoretiker, die ohne praktische Erfahrung auf wirtschaftlichem Gebiete sein sollen, haben das schon vor Jahrzehnten vorausgesagt und werden auch jetzt, nach meiner festen Ueberzeugung, Recht behalten.  
Heilbronn. Fr. Niemeyer.

## Sozialpolitisches Verständnis.

Dass es unter der Prinzipalschaft einsichtsvolle Elemente gibt, die das Streben der Arbeiterschaft nach Erhaltung und Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen voll und ganz begreifen und in diesem Streben auch die Fundamentalbedingungen für ihren eigenen Stand erblicken, lehrt folgender Brief, der einem unserer Kollegen zugegangen ist und uns von diesem in lebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt wurde. Hier der Wortlaut desselben:

Geehrter Herr!

Da ich zu denjenigen gehöre, die mit redlichem Streben an der Gesundung unseres schönen Berufes arbeiten, so habe ich mit grossem Interesse Ihren Artikel in No. 22 der »Graph. Presse« gelesen.

Es freut mich ungemein, dass unsere Herren Mitarbeiter sich jetzt rühren, um ihrerseits ihr Scherlein zur Beseitigung der bestehenden Schäden beizutragen.

Auch ich und mit mir viele andere vernünftige Kollegen, bin mit Ihnen der Meinung, dass es so nicht weiter gehen kann und dass der Preis-schleuderei ganz energisch und bald zu Leibe gegangen werden muss.

Ich kann mich nur mit Ihren Ausführungen (die ich im allgemeinen billige) nicht in allen Teilen einverstanden erklären. Glauben Sie ja nicht, dass Sie allein den Schaden tragen werden. Die Inhaber der Druckereien, namentlich die der kleinen und mittleren Betriebe, haben schon jetzt viel mehr darunter zu leiden, wie Sie. Auch bitte ich Sie freundlichst, doch nicht so arg mit dem Unternehmertum ins Gericht zu gehen. Bedenken Sie, dass es eine grosse Anzahl Arbeitgeber gibt, denen das Wohlergehen ihrer Mitarbeiter sehr am Herzen liegt. Weshalb nun alle in einen Topf werfen und von der Peitsche reden? Rüdige Schafe gibts überall, auch in Ihren Kreisen. Gott sei Dank bilden sie aber in beiden Lagern nur die Ausnahmen. Verschärfen Sie, bitte, nicht durch solchen Standpunkt die Situation und lassen Sie uns lieber Hand in Hand arbeiten, um gemeinsam die Schäden auszumerken. Beide Teile gelangen dadurch viel eher zu dem erstrebten Ziele, ihre Lage zu verbessern. Unterstützen Sie uns in dem Kampfe gegen die Schleuderfirmen, die mit Wissen und Willen unser Kunstgewerbe ruinieren, dann wird auch der Erfolg für Sie nicht ausbleiben.

Sie werden mir zugeben müssen, dass in keiner graphischen Branche so hohe Löhne gezahlt werden, wie in der photomechanischen. Um aber diesen status unsererseits aufrecht erhalten zu können, müssen Sie ebenfalls alle einig sein und uns unterstützen. Vorläufig geht es Ihnen aber so, wie uns.

Es ist ja logisch von dem Vorstände Ihrer Organisation anerkannt, dass bei weiterem Sinken der Preise die Löhne ebenfalls sinken müssen. Ich bin ebenfalls Ihrer Meinung, dass das Verlangen nach Erhöhung der Quantität seitens derjenigen Arbeitgeber, welche zu den Schleuderern gehören, unbedingt schädigenden Einfluss auf die Qualität haben musste und dass dadurch in den Augen der Konsumenten der »Lichtdrucker« stark degradiert in der Wertschätzung wurde.

Ihre Aeusserung, dass ein Prinzipal so kurz-sichtige sein kann, mit unzureichenden Chemikalien gute Negative zu verlangen, oder bei der Quantitätsarbeit Kunstdrucke zu erwarten, trifft doch wohl nur ganz vereinzelt und nur bei denjenigen zu, die nicht eine blassblaue Ahnung von der Technik haben. Ich bin mit Ihnen dafür, dass Ueberstunden nur zu den Ausnahmen gehören sollen. Ganz abschaffen lassen sie sich doch wohl nicht, namentlich in den Wochen vor den Festen, wie z. B. vor Pfingsten. Ich glaube auch, dass jeder von Ihnen gegen solche Ausnahmen im Berufs- und Geschäftsinteresse nichts einzuwenden hat.

Aber die regelmässigen Ueberstunden und das verwerfliche Prämiensystem sollten abgeschafft werden. Ebenso die Quantitätsarbeit. Ein vernünftiger, die Technik beherrschender Arbeitgeber wird in der normalen 8 $\frac{1}{2}$  stündigen Arbeitszeit nicht mehr wie 5—600 Druck »21 er.« oder »25 er.« täglich verlangen und bei grösseren Formaten entsprechend weniger.

Setzen Sie das also durch: 1. keine regelmässigen Ueberstunden; 2. keine Quantitätsarbeit, sondern Qualitätsarbeit; 3. keine Arbeiten bei Schleuderfirmen; 4. gänzliche Abschaffung des Prämiensystems; so werden Sie Ihr und unser Los verbessern. Arbeiten Sie mit uns zusammen und seien Sie auch in Ihrem Lager einig.

Dann wird es uns Arbeitgebern ebenfalls gelingen, in unserm Lager Einigkeit zu erzielen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
(Unterschrift.)

Aus obigem Schreiben geht für jeden denkenden Kollegen das eine klar hervor, dass die Kollegen der Lichtdruckbranche, sofern sich ihre Position verschlechtern, selbst daran schuld sind. Bedarf es nach dieser Prinzipalskündigung wirklich noch der Anfeuerung? Muss nicht jedem schliesslich der Gedanke kommen, dass es nur seiner Mühlhilfe bedarf, um Verbesserungen zu erzielen. Fort mit der Tantième, fort mit den Kontrakten. Diese Krebschäden, die Gier des einzelnen anstehend, nützen den einzelnen nichts und schaden der Gesamtheit der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber. Hier muss einmal ernstlich eingesetzt werden. Der Tarif der Lichtdrucker geht zu Ende und das ist gut. Ein neuer Tarif darf weder Tantiémearbeit noch eine Kontraktdauer zulassen; ist der Abschluss unter solchen Umständen nicht möglich, dann verzichte man lieber auf einen Tarif. Discite moniti (Lernt, ihr seid gewarnt!).

## Eine »tariftreue« Firma.

Als ein Eldorado für Chemigraphen scheint sich die »tariftreue« Firma Lohse & Co. in Bautzen auszubilden. Noch nicht ganz zwei Jahre bestehend, hat diese Firma doch einen sehr grossen Wechsel in ihrer chemigr. Abteilung zu verzeichnen. Von 16 Kollegen, Chemigraphen und Photographen, die in diesem kurzen Zeitraum bei der Firma beschäftigt waren, haben 15 Kollegen, teils freiwillig, teils auch durch Massregelung und Entlassung, der Firma wieder den Rücken gekehrt, sodass jetzt, wo diese Zeilen geschrieben werden, nur noch ein Strichzähler beschäftigt ist. Man sollte annehmen, dass eine Firma, die den Tarif anerkannt hat, auch mit dem Tarif vertraut sein müsste; das ist aber leider nicht der Fall. Erst kürzlich musste ein Vertreter des Schiedsgerichts Leipzig und der Vertrauensmann der hiesigen Mitglieder mit der Firma über eine Massregelung und einen Tarifbruch verhandeln. Den Tarifdurchbruch erblickten wir darin, dass die Firma einen jungen Kollegen, allerdings zur weiteren Ausbildung, engagierte, und diesen unter dem im Tarif festgelegten Mindestlohn bezahlte. Wohl um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, entliess die Firma den Kollegen plötzlich und stellte ihm folgendes Zeugnis aus, das wir den deutschen Chemigraphen nicht vorenthalten wollen.

### Zeugnis.

Hierdurch bestätigen wir, dass Herr (folgt Name und Datum) in unserer Anstalt als Arbeiter tätig gewesen ist, während welcher Zeit er in der chemigraphischen Abteilung mit Kopieren von Auto- und Strichsachen, desgleichen im Aetzen von Strichsachen beschäftigt wurde. Mit seinen Leistungen waren wir im allgemeinen zufrieden.

Gez. Lohse & Co.

Wenn auch der Name Arbeiter nach unseren Begriffen kein beleidigender Ausdruck ist, so muss es doch jedem Menschen klar sein, dass die Firma nur beabsichtigt, dem betreffenden Kollegen das weitere Fortkommen zu erschweren. Ob das nun gerade ein sehr edler Zug ist oder für ein ausgeprägtes persönliches Taktgefühl spricht, darüber erlauben wir uns, als »ungebildete« Arbeiter, kein Urteil zu fällen. Man kann es nicht anders verstehen, als dass die Firma durch diese Bezeichnung den Kollegen als ungelerten Arbeiter hinstellen will, der in ihrer chemigraphischen Abteilung als Kopierer und Strichzähler beschäftigt gewesen ist und mit dessen Leistungen sie im allgemeinen zufrieden war. Wenn wir streng urteilen wollen, müssen wir auch hierin wieder einen Tarifdurchbruch erblicken, denn eine tariftreue Firma darf einen ungelerten Arbeiter nicht als Kopierer und Strichzähler zur weiteren Ausbildung, sondern höchstens als Lehrling, einstellen. Durch ein derartiges Zeugnis, das wohl ganz vereinzelt dastehen dürfte, gibt sich die Firma eine Blöße, wovon sich ein anderes Geschäft wohl hütet und mancher Chemigraph wird es sich überlegen, seine Kraft der Firma anzubieten, da er nie sicher ist, dass das dicke Ende in Gestalt eines solchen Zeugnisses nachgedenkt kommt.

## Rückblicke

### zum Kölner Gewerkschafts-Kongress.

Da sämtliche Tageszeitungen, selbst auch die bürgerlichen, eingehend über die Verhandlungen des Kongresses berichtet haben, halten wir es nicht mehr für unsere Aufgabe, an dieser Stelle zu berichten, sondern die einzelnen und namentlich die für unseren Beruf wichtigen Punkte hervorzuheben und unsere Stellung dazu zu äussern. Und da soll zunächst auf den, unter dem Punkt 2 der Tagesordnung verhandelten Abschnitt

»Agitation unter den Arbeiterinnen« hingewiesen werden. Es kann mit Genugtuung konstatiert werden, dass sich die Arbeiterinnen mehr und mehr ihren Organisationen anschliessen. Dadurch sind wiederum die Löhne bei den Arbeiterinnen gestiegen, wodurch dieselben nicht mehr in dem Masse, wie früher, als Konkurrenten der männlichen Arbeiter anzusehen sind. Durch Annahme dahingehender Anträge beschloss der Kongress, die Agitation unter den Arbeiterinnen weiter mit Energie und Ausdauer zu betreiben und zu diesem Zwecke

aus den Reihen der Arbeiterinnen Vertrauenspersonen zu bestimmen, welche die Werbearbeit für die Organisationen in geeigneter Weise unter den weiblichen Arbeiterinnen fortsetzen sollen. — Die gewerkschaftlich organisierten männlichen Arbeiter sind verpflichtet, ihre Frauen, Töchter etc., soweit sie gewerblich tätig sind, den in den betreffenden Gewerben existierenden Gewerkschafts-Organisationen zuzuführen. Dadurch wird auf dem nächsten Gewerkschafts-Kongress wieder von einem weiteren Fortschritt berichtet werden können.

Die Agitation unter fremdsprachlichen Arbeitern, insbesondere bei den italienischen und polnischen wurde durch Herausgabe von Gewerkschaftsblättern in ihrer Muttersprache (»L' Operaio Italiano« und »Oswiata«) betrieben und hat sich die Herausgabe dieser Zeitungen als sehr vorteilhaft erwiesen. Die Uebernahme von Streikarbeit durch fremdsprachliche Arbeiter ist ganz bedeutend zurückgegangen und diese Arbeiter sind dadurch leichter für ihre Organisationen zu gewinnen. Auf diesem Wege soll weiter gearbeitet werden.

### Die Frage der Heimarbeit,

welche auch für uns von besonderer Wichtigkeit ist, bezw. der Heimarbeiter-Schutz soll durch eine, in diesem Herbst stattfindende Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeiter-Industrie gefördert werden. Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft kennt bei der Heimarbeit keine Grenzen, werden doch beispielsweise in der Spielwaren-Industrie schon zarte Kinder von 3—4 Jahren gezwungen, mitzuarbeiten. Erschreckend sind ferner die Zustände in der Konfektions-Branche, bei der Uhrenherstellung im Schwarzwald, der Solinger Stahlindustrie etc., und welche Schäden die Heimarbeit in unserem Gewerbe, (namentlich der Lithographie) schon anrichtet hat, dürfte jedem Kollegen bekannt sein. — Der Kongress beschloss, die Arbeitervertreter im Reichstage zu verpflichten, die Regierung betreffs Regelung dieser Frage fortgesetzt an ihre Pflichten zu erinnern; ferner soll beim Bundesrat die Ausdehnung der Alters- und Invaliden-Versicherung auf die Heimarbeiter durch Bundesratsverordnung gefordert werden. (Für unseren Beruf ist eine Ausstellung von Heimarbeiten und solcher in Privatlithographien hergestellten nebst Angabe der Preise geplant. Die Kollegen werden jetzt schon gebeten, zu der Sammlung beizutragen; auch sollte diese Sache in den Versammlungen der Zahlstellen besprochen werden. Die Ausstellung soll zuerst in Berlin stattfinden; jedoch wird das Material zur Ausstellung auch den übrigen, sich interessierenden Zahlstellen überlassen.)

### Der Kost und Logiszwang beim Arbeitgeber

kommt auch teilweise für unseren Beruf noch in Betracht. Im Rheinland und in Westfalen bestehen noch solche Verhältnisse; — freilich sind zum grössten Teile diese Kollegen, die darin leben, nicht in unserem Verbands. Erschreckende Zustände in dieser Beziehung (lange Arbeitszeit, schlechte Wohnungs- und Kostverhältnisse, Unsauberkeit etc.) befinden sich noch bei den Arbeitern der Nahrungsmittel-Industrie. Es würde zu weit führen, Beispiele herauszugreifen. Einstimmig kam der Kongress zu dem Beschluss, dass die gänzliche Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegt und dass daher dahin gestrebt werden soll, dieses zu erreichen.

Der Bericht über das Zentral-Arbeiter-Sekretariat wurde von Robert Schmidt-Berlin gegeben. Durch die Schaffung dieser Einrichtung seitens der Gewerkschaften haben dieselben wiederum gezeigt, dass sie den Arbeitern Schutz und Schirm sind in gesunden, wie in kranken Tagen. Man hatte vor Gründung dieses Reichsarbeiter-Sekretariats befürchtet, dass die Behörde Schwierigkeiten machen würde, was jedoch nicht eingetroffen ist. Die Aufgabe des am 1. Januar 1903 eröffneten Zentral-Arbeiter-Sekretariats bestand zunächst darin, die Ansprüche der Arbeiter aus den Versicherungsgesetzen vor dem Reichsversicherungsamt zu vertreten; es steht im regen Verkehr mit den Gewerkschaften, den Gewerkschaftskartellen und Sekretariaten. Bei über 1000 Prozessen wurden die Versicherten durch das Sekretariat vertreten, auch sehr viele, oft recht umfangreiche Rechts-Auskünfte wurde erteilt, so dass gesagt werden muss, dass die Schaffung dieser Einrichtung eine Notwendigkeit war, denn den meisten Arbeitern fehlt die Rechtskenntnis, weshalb es unbedingte Aufgabe der Gewerkschaften ist, für Rechtsbelehrung und Unterstützung der Versicherten bei etwa zu erhebenden Ansprüchen Sorge zu tragen. Anfangs wurden für die Leitung dieses Institutes 2 Sekretäre bestimmt, von denen der eine die mündliche Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, der andere die Erledigung der Bureau-Arbeiten übernahm. Das schnelle Anwachsen der zu bewältigenden Arbeiten machte jedoch die Anstellung eines 3. Sekretärs nötig, wozu einer unserer bekannten Kollegen, Lithograph Hermann Müller, bisheriger Arbeitersekretär in Bremen, gewählt worden ist.

Für unsere Berufs-Kollegen dürfte sich empfehlen, bei vorkommenden Fällen sich zunächst an die örtlichen Gewerkschafts-Sekretariate, bezw. Kartelle zu wenden, welche alles weitere veranlassen werden. Fortsetzung folgt.

## Korrespondenzen.

Leipzig, Lithographen und Steindruck. Am 6. Juni fand in Sanssouci, eine starkbesuchte Versammlung statt, die den Bericht der Siebener-Kommission über

das Scheitern des Tarifes an der Lehrlingskala entgegennahm. Aus demselben ist zu entnehmen, dass, laut § 7 des Tarifes nach Aufnahme einer Statistik eine Skala für Lithographen und eine für Drucker festgesetzt werden soll, die 15 Proz. Verminderung der Lehrlingszahl herbeiführt. Die Herren Prinzipale mit ihrem Generalsekretär legten bei den Verhandlungen, die am 29. Mai stattfanden folgende Skala vor.

|  |  |
|--|--|
| Lithographen:                              |  |
| bis 2 Gehilfen 1 Lehrling                  |  |
| " 4 " 2 "                                  |  |
| " 6 " 3 "                                  |  |
| " 10 " 4 "                                 |  |
| auf je weitere 5 Gehilfen 1 Lehrling mehr. |  |
| Steindrucker:                              |  |
| bei 1 Gehilfen 1 Lehrling                  |  |
| " 2 " 2 "                                  |  |
| bis zu 4 " 3 "                             |  |
| " 6 " 4 "                                  |  |
| auf je weitere 5 Gehilfen 1 Lehrling mehr. |  |

An der Hand dieser Staffeln und mit jesuitischer Berechnung haben nun tatsächlich die Prinzipale eine Verminderung der Lehrlingszahl herausgerechnet, indem sie bei den Anstalten die heute Lehrlingszucht treiben, laut aufgestellter Skala Abstriche machten. Sie gaben aber keine Gewähr, dass diejenigen Firmen, die heute wenig oder gar keine Lehrlinge halten, von ihren Rechten betr. Lehrlings-einstellung laut Tarif später keinen Gebrauch machen würden. Bei richtiger Anwendung dieser Staffeln würde nicht eine Verminderung, sondern eine Vermehrung der Lehrlinge, bei den Lithographen um 22 bei den Druckern um 99, eintreten. Auf dies Unikum konnten die Gehilfenvertreter nicht eingehen und da auch alle Vermittlungsvorschläge, die von seiten der Gehilfen gestellt, abgelehnt wurden, scheidete der ganze Tarif an diesem Punkte. Die Versammlung, welche eine scharfe Kritik an der aufgestellten Staffeln übte sprach sich dahin aus, lieber den ganzen Tarif fallen zu lassen, als den wichtigsten Punkt -Regelung des Lehrlingswesens- nicht wie es laut § 7 des Tarifes beschlossen, geregelt zu wissen. Es wurde deshalb folgende Resolution angenommen.

»Die heute im Restaurant Sanssouci stattfindende starkbesuchte Versammlung der Lithographen und Steindrucker erklärt hiermit auf Grund der von den Prinzipalen vorgelegten aber unannehmbaren Lehrlingskala, den ganzen Tarif fallen zu lassen und beauftragt ihre Leitung anderer Mittel und Wege zu finden, um die in unserem Berufe herrschenden Missstände zu beseitigen. Die Siebener-Kommission ist aufzulösen.»

Leipzig II. Die Lithographen-Sektion hielt am 30. Mai ihre Vierteljahresversammlung ab, welche gut besucht war. Als Eingang hielt der Redakteur Fr. Seeger einen interessanten Vortrag über »Die Gewerkschaftsbewegung als Kulturfaktor«. Im Anschluss daran wurde den Mitgliedern das Lesen der Arbeiterpresse zur Pflicht gemacht, da es noch eine grosse Anzahl von Kollegen gäbe, welche die bürgerlichen Zeitungen als ihre geistige Nahrung genossen, deren Inhalt ihre natürlichsten Interessen ins Gesicht schlug und ihre Bestrebungen zur Besserung ihrer Lebenslage oftmals verhöhnen. Hierauf brachte der Vertrauensmann die Abrechnung vom I. Quartal zum Vortrag. Dem Ergebnisse nach überstiegen die Ausgaben die Einnahmen. Eine Folge der notwendig gewordenen hohen Aufwände für Arbeitslosen- und Massregelungs-Unterstützungen. Auch die Einnahmen der Lokalkasse sind, trotzdem die Ausgaben für die Tarifbewegung aus der Hauptkasse entnommen wurden, ziemlich aufgebraucht worden. Als besonders auffällig ist bezeichnet worden bei der Abrechnung, dass im Verhältnis zur Mitgliederzahl im verlossenen Quartal recht wenig Beitragsmarken verkauft wurden. Die Mitglieder möchten sich in bezug der Abnahme der Marken bezw. Bezahlung der Beiträge etwas bessern. Der Mitgliederbestand bezifferte sich am Schlusse des I. Quartals auf 420. Den Bericht der Revisoren über die Richtigkeit der Abrechnung, folgte die Neuwahl für die nächsten amtierenden Revisoren. Ueber die Massregelung des Vertrauensmannes und über die Beweggründe, welche die Firma Eckert & Pflug dazu geführt haben sollte, entstand eine eingehende Aussprache. Die Arbeitsversäumnisse desselben wegen der Tarifbewegung sowie der notwendig gewordene Urlaub zu seiner Vertretung bei der Generalversammlung in Berlin habe der Firma missfallen, sodann die falschen Darstellungen über die Bestrebungen der Organisation von seiten einer Anzahl daseilbst beschäftigter und gegerischer gesinnter Kollegen, welche auch sehr gegen die Verschmelzung eingenommen sind, habe den Besitzer veranlasst, sein Geschäft von einem offiziellen Vertreter solcher Bestrebungen zu entledigen und ihm unter dem Vorwand, seine Arbeiten kämen ihm zu teuer, die Kündigung zugestellt. Da letzteres in gemäss des Nachweises nicht zutrifft, wurde diese Kündigung in einer Resolution als eine Massregelung ausgesprochen, aber in Rücksicht der in diesem Geschäft der Organisation noch fernstehenden Kollegen, wurde von weiteren Massnahmen abgesehen. Ueber die Tarifbewegung entwickelte sich eine längere Auseinandersetzung. Man übte eine etwas scharfe Kritik an der Sektionsleitung und an den Berichten in der Volkszeitung, welche die Erfolge in der Verbesserung der bisherigen Arbeitsbedingungen, wie sie der Tarif mit sich bringen sollte, nicht der Wirklichkeit entsprechend darstellten. Es sei erfreulich, dass

der Tarif nicht in Kraft trete. Durch die Zurückhaltung der Kündigungen sei der Tarif verflacht worden, und man müsste als Erfordernis voraussetzen, dass Kollegen, die zu einer leitenden Stelle das Vertrauen genossen, zu keiner Verschleierung die Hand böten. Von der Sektionsleitung wurde diese Kritik als taktischer Fehler bezeichnet. Man dürfe die leitenden Personen nicht durch unverdiente Angriffe in Misskredit bringen. Die bisherigen Massnahmen in der Tarifbewegung müssten auch von der Sektionsleitung der Lithographen vertreten werden. Von anderer Seite wurde hervorgehoben, dass der Tarif, wenn er zustande gekommen wäre, immerhin ein Fortschritt in unserem Berufe bedeutet haben würde und sei das Scheitern desselben zu bedauern. Ein Hinweis auf die herabsetzende Behandlung der Lithographen, von seiten der Steindrucker in einer Sanssouci-Versammlung wurde als gerechtfertigt angesehen, da es sich nur auf die Angriffe gegen die Heimarbeit bezog, die wir alle bekämpfen sollten. In der Angelegenheit der Firma Kluge wurde bekannt gegeben, dass die ausgestandenen Kollegen die Arbeit unter der alten Arbeitszeit wieder aufnehmen, und etwas höhere Preise erhielten. Herr K. suche aber die organisierten Kollegen los zu werden, liesse solche, wegen Mangel an Platz, zu Hause arbeiten, betrachte sie als Privat-lithographen und zahle demgemäss den verabredeten Lohn nicht aus. Auf erfolgte Kündigungen habe der Vertrauensmann Rücksprache mit Herrn K. genommen, der zufolge die Kündigungen zurückgenommen und das Versprechen gegeben worden sei, die privat arbeitenden Kollegen am 1. Juli im Geschäftslokal wieder unterzubringen. Es wurde dann noch vorgeschlagen, von der bisherigen Taktik, in dieser Firma, Unorganisierte unterzubringen, Abstand zu nehmen und bei Bedarf nur organisierte Kollegen hinzuweisen.

### Soziales.

Wer da hoffte, dass die schnelle Erledigung und die musterhafte Haltung der Beteiligten des angedehnten gewaltigen Bergarbeiterstreiks, der bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein Sympathien auslöste, Anlass geben würde, dass seitens der gesetzgebenden Körperschaft — dem preussischen Landtage — nun endlich einmal der Hebel angesetzt werden würde, das schwere unerträgliche Los der Bergarbeiter zu lindern und damit Ruhe im Bergrevier einkehren würde, ist bitter enttäuscht worden. Das Klassenparlament hat die Bergarbeiterschutznovelle in einer Form zurechtgemodelt, die die denkbar grösste Vergewaltigung der Bergleute einschliesst und keinen Fortschritt für diese, sondern einen Rückschritt bedeutet.

Wie nun das preussische Herrenhaus sich zu dieser rückschrittlichen Vorlage stellen wird, kann man sich vorher denken. Die Absicht der wirklichen Arbeitervertreter, die Sache der Bergarbeiter vor den Reichstag zu bringen, um eine reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse herbeizuführen, ist gescheitert, indem der nunmehr gefürstete Bülow den Reichstag kurzerhand nach Hause schickte. Hier wäre der Platz gewesen, dem arbeiterfreundlichen Zentrum, mit dessen Hilfe die Vorlage die arbeiterfeindliche Form erhalten hat, die Maske vom Gesicht zu reissen. Aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ist folgendes hervorzuheben:

Die Arbeiter haben das Recht, auf ihre Kosten durch einen Vertrauensmann das Verfahren bei Feststellung ungenügender oder vorschriftswidriger Wagenbelastung überwachen zu lassen. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, den Lohn des Vertrauensmannes auf Antrag der Arbeiter oder des Arbeiterausschusses vorschussweise zu zahlen; er ist berechtigt, diesen Lohn den beteiligten Arbeitern bei der Lohnzahlung abzuziehen. — Ein Arbeiterausschuss soll auf Bergwerken mit wenigstens 100 Arbeitern vorhanden sein. Ihm liegt es ob, darauf hinzuwirken, dass das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und dem Arbeitgeber erhalten bleibt oder wiederhergestellt wird. Ein Arbeiterausschuss, der seine Zuständigkeit überschreitet, kann nach fruchtloser Verwarnung durch das Oberbergamt aufgelöst werden. Nach wiederholter Auflösung kann das Oberbergamt die Wahl eines Arbeiterausschusses auf die Dauer bis zu einem Jahr suspendieren. Die Wahl der Ausschussmitglieder ist unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt sind volljährige Arbeiter, welche seit Eröffnung des Bergwerks oder mindestens 1 Jahr ununterbrochen auf diesem gearbeitet haben, wählbar Arbeiter über 30 Jahre, die mindestens 3 Jahre ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben.

Bezüglich der Festsetzung der Arbeitsdauer wurde noch eingeschaltet (§ 93b), dass eine Arbeitszeitverlängerung, welche zur Umgehung der vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen führt, unzulässig sei.

Im übrigen bleibt es bei den bereits früher festgestellten Beschlüssen, nach denen der sanitäre Maximalarbeitstag für den Betrieb völlig ausgeschaltet ist und lediglich eine Höchstarbeitszeit an Orten mit + 28 Grad Celsius von 6 Stunden unter Verbot von Ueber- und Nebenschichten bestimmt wird. Die Oberbergämter sollen die die Gesundheit der Arbeiter beeinflussenden Betriebsverhältnisse prüfen und nach Anhörung des Gesundheitsbeirats die erforderlichen Festsetzungen treffen. Das Verwaltungsverfahren gegen die Entscheidungen des Oberbergamts in Sachen der Arbeiterausschüsse wird

derartig geregelt, dass binnen 2 Wochen Berufung beim Bezirksausschuss zulässig ist. Gegen die Entscheidungen in sanitären Angelegenheiten ist in gleicher Frist die Berufung an einen neu zu bildenden Bergausschuss gegeben. Der letztere soll aus Abteilern bestehen, deren jede mit einem Berghauptmann, 2 vom Handelsminister ernannten Oberbergamtsmitgliedern und 4 vom Provinzialausschuss gewählten Einwohnern der Provinz (darunter 1 Mitglied des Oberlandesgerichts) zusammengesetzt ist. Gegen die Entscheidungen des Bezirks- bzw. Bergausschusses steht die Revision beim Verwaltungsgericht zu.

Für die Bergarbeiter ist nach diesen Beschlüssen die ganze Bergarbeiterschutzreform gegenstandslos geworden. Was aus dem letzten Handel zwischen Regierung und beiden Häusern des Landtags herauskommen mag, lässt die Arbeiter gleichgültig. Sie haben das Gefühl, betrogen zu sein, betrogen durch die Regierung wie von den Vertretern des Junker-, Pfaffen- und Geldsacksparlaments. Und diese Empfindung haben nicht bloss die sozialdemokratischen Bergleute, es wird auch von ihren christlichen und polnischen Kameraden geteilt. Sie wird für die Klärung des Klassenbewusstseins der Bergarbeiterschaft ein mächtiger Förderer sein. Aber damit ist es allein nicht getan.

Das Flasko der preussischen Berggesetzreform, die Verriegelung der Pforte zur Reichsgesetzgebung beweisen, dass die Bergarbeiter für absehbare Zeit nicht auf Hilfe von oben, auf das Heil der Sozialreform zu rechnen haben. Um so wichtiger ist die Erkenntnis, dass jetzt alle Kraft zur Erstarbung der Selbsthilfe zusammengegriffen werden muss. Nie war den Bergarbeitern eine machtvolle und einheitliche Organisation auf gewerkschaftlichem Boden notwendiger als in dem Augenblicke, da die Grubenherren mit kalt-lächelndem Hohn das Werk des Arbeiterschutzes in ein Werkzeug des Arbeitertrutes verwandeln und der Knappschaft die zertrümmerten Reformen vor die Füße werfen. Damit ist die Niederlage der Bergarbeiter besiegelt, — aber diese Niederlage war nur möglich durch den heimtückischen Verrat des Zentrums, das die Forderungen der Bergarbeiterschaft, die der preussische Bergarbeitertag aufstellte einem schamlosen Kompromiss geopfert hat. Die klassenbewusste Bergarbeiterschaft, Pflingsten in Berlin zu ihren Verbandstag zusammentrat, hat die Scheinreform eine Antwort erteilt, wie es sich gebührt, und die Vertreter der Bergarbeiterschaft an den Pranger gestellt. Aber sie wird auch die Grundlage schaffen zu einer gewerkschaftlichen Kampfes-Organisation der Bergarbeiterschaft, die durch eigene Kraft erringt, was ihnen der Klassenstaat verweigert.

## Anzeigen.

Zahlstelle Köln a. Rh.

# Ausflug

Sonntag, den 25. Juni nach der Remscheider Talsperre. Abfahrt ab Köln 8<sup>30</sup>, Ankunft Wermelskirchen 9<sup>30</sup>. Kollegen der Nachbarzahlstellen sind willkommen.

Um zahlreiche Beteiligung bittet  
[1,95] Das Vernügnngs-Komitee.

Leipziger strebsame Kollegen,  
welche sich an der Wiedergründung eines  
Skizzen-Vereins  
Akt, Kopf etc. beteiligen wollen, werden gebeten,  
ihre Adresse zu senden an [—,90]  
Karl Germann, Leipzig, Promenadenstr. 6.

## Kupferdrucker

speziell für Heliogravüre in dauernde Stellung sofort gesucht. Es wollen sich nur ganz tüchtige, zuverlässige und absolut selbstständige Kräfte unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche und Beifügung von Zeugnisabschriften melden. [4,20]

Leipzig. F. A. Brockhaus.

Tüchtiger und flotter

## Positivretuscheur

sowie ebensolcher

## Copierep und Strichätzep

sofort gesucht. Nur gute und selbständige Kräfte wollen sich melden an

Zerreiss & Co., Graph. Kunstanstalt, Nürnberg.

## Der moderne Merkantil-Lithograph.

Vorlageblätter für Lithographen.

Preis Mk. 6,—

Zu beziehen von Steinbach & Strache, Dresden 10.